



30 Jahre Holtfort-Stiftung
Verleihung der Holtfort-Preise für die Jahre 2021, 2022 und 2023

Samstag, 10. Juni 2023, Hannover
Leibnizhaus | Holzmarkt 4-6 *

Seit 1995 wird der Werner-Holtfort-Preis für eine juristisch und bürgerrechtlich herausragende Leistung vergeben, mit der – und sei es im Einzelfall – Bürger- und Menschenrechte verteidigt werden. Zweck der Stiftung ist die Förderung der Bildung junger und der Fortbildung erfahrener Rechtsanwält*innen. Die Bildung und Fortbildung steht in der Tradition des Kampfes um die freie Advokatur und um ein demokratisches Recht. Förderung und Würdigung gehen miteinander einher.

PROGRAMM

11:00 Ankunft der Gäste

11:30 Begrüßung
Rechtsanwalt Benjamin Hersch, Vorsitzender der Holtfort-Stiftung

11:40 Vortrag: Erinnerungen an Werner Holtfort
Dr. Sylvia Remé, Hannover

12:00 Verleihung des Holtfort-Preises an die drei Preisträger*innen

Preisträger*innen 2021

Refugee Law Clinics Deutschland e.V., Hamburg

Laudatio: Waltraut Verleih, Rechtsanwältin und Mediatorin (RAV e.V.),
Frankfurt/M.

Preisträger*innen 2022

Lawyers4Future e.V., Berlin

Laudatio: Prof. Dr. Claudio Franzius, Universität Bremen, Professur für Öffentliches
Recht, insbes. Verwaltungsrecht und Umweltrecht, Bremen

Preisträger*innen 2023

Inhaftierte iranische Anwaltskolleg*innen Mostafa Nili | Arash Keykhosravi |
Amirsalar Davoudi | Mohammad Najafi | Saeid Ataei Kachooei | Giti Šafi'i, *alle*
Iran

Laudatio: Rechtsanwältin Nasrin Karimi (RAV e.V.), Berlin

12:20 Erwidernng der Preistragenden

2021: Gabriel Sager (Vorsitzender, RLC Mainz), Quint Aly (Bundesvorstand RLC)

2022: tba [Zusage]

2023: Rechtsanwalt Sina Yousefi, Stellv. Vorsitzender der Menschenrechtskommission der Anwaltskammer Ost-Aserbaidschan (EABA), Tabriz/Berlin, *stellvertretend*

12:40 Schlusswort

Prof. Dr. Christian Wolf (Ko-Vorsitzender der Holtfort-Stiftung)

13:00 Buffet und Ausklang des Tages (16:00 Uhr)

Moderation: Dr. Lukas Theune (RAV e.V.), Berlin

Kontakt:

Volker Eick: volker.eick@rav.de, mobil: 01522.1614 306

Benjamin Hersch: hersch@kanzlei-moeckernkiez.de, mobil: 0163.2535687

* **Anreise:** Vom Hauptbahnhof: Nehmen Sie die U-Bahnen 3, 7 oder 9 (Richtung Wettbergen, Empelde) und steigen Sie an der 2. Station (Markthalle/ Landtag) aus. Verlassen Sie die U-Bahn-Station in Richtung Marktkirche. Gehen Sie nach der Marktkirche links in die Kramerstraße. Am Ende der Straße finden Sie den Holzmarkt, den Brunnen und die historische Fassade des Leibnizhauses.

Bitte beachten Sie, dass die *Deutsche Bahn AG* Reparaturarbeiten an der Verbindung nach Hannover aus Richtung Osten und Norden vornimmt; **prüfen Sie daher bitte die aktuellen Fahrverbindungen!**

Informationen zu den preistragenden Organisationen und Personen

Preisträger 2021

Refugee Law Clinics Deutschland e.V., Hamburg

Wir arbeiten wirkungsorientiert. Jedes Projekt beginnt daher mit der Frage: was wollen wir wie erreichen? Diese Fragen stellen wir uns auch als Organisation insgesamt immer wieder aufs Neue. Hier der aktuelle Stand:

unsere vision: Eine faire Rechtsstellung für Geflüchtete und Migrant:innen.

unsere mission: *[bilden]*, um Migrationsrecht früh und praxisnah in der juristischen Aus- sowie weiterführenden Bildung und darüber hinaus zu verankern. *[beraten]*, damit die bestehenden Rechte von Migrant:innen nicht nur abstrakt, sondern auch im konkreten Einzelfall Geltung entfalten. *[bewegen]*, in der Kommunikation mit der breiten Öffentlichkeit sowie mit einzelnen Entscheidungsträger*innen, um systemische Fehlstellungen zu adressieren und Hürden flächendeckend abzubauen.

rollen, die wir hierfür einnehmen: Resonanzraum für RLCs. Plattform für überregionale Projekte und Innovation. Entwicklungsmonitor für die Clinical Legal Education. Kooperationsanker für externe Unterstützer*innen. Sprachrohr und Netzwerk für die Bewegung.

wie wir operationalisieren: *[bilden]*: Gemeinsam die juristische Ausbildung reformieren, um praxisnahes Lernen als Methode und Migrationsrecht als Materie zu stärken. Offene (Fort-)Bildungsangebote in Fragen des Migrationsrecht und der Clinical Legal Education schaffen. *[beraten]*: Die Beratungsarbeit unserer Mitglieds-Clinics durch das Kanalisieren von fachlichem Input, kontinuierliches Erfahrungsmanagement und die Bereitstellung von Infrastruktur stärken. Aufbau von thematischen Kompetenzclustern und Prototyping/Testen von innovativen Beratungsansätzen. *[bewegen]*: Fehlstellungen identifizieren und Lösungsvorschläge entwickeln. Entscheidungsträger*innen aufklären, Öffentlichkeit sensibilisieren, Raum für Engagement und Solidarität bieten [aus der Selbstdarstellung der *Refugee Law Clinics*].

Laudatorin: Rechtsanwältin und Moderatorin Waltraut Verleih, Frankfurt/M.

Preisträger 2022

Lawyers4Future e.V., Berlin

Lawyers for Future erklären sich solidarisch mit den AktivistInnen von *Fridays for Future*. Wir schließen uns der Forderung von *Fridays for Future* an, nicht mehr auf Kosten unserer Umwelt zu leben. Politik und Recht müssen dringend handeln, um die Folgen des Klimawandels zu begrenzen.

Wir stellen uns hinter die Forderungen von *Fridays for Future*, insbesondere das globale Anliegen, die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten.

Auch stellen wir uns explizit hinter die Forderungen für Deutschland: Nettonull bis 2035, Kohleausstieg bis 2030 und 100 % erneuerbare Energien bis 2035.

Fridays for Future fordern: »Es darf nicht die alleinige Aufgabe der Jugend sein, Verantwortung für die Priorisierung des Klimaschutzes zu übernehmen«. Mit L4F wollen wir als Jurist*innen diese Verantwortung annehmen.

Die Bewegung *Lawyers for Future* vereint Jurist*innen, die sich beruflich oder privat für den Klimaschutz einsetzen. Jurist*innen (auch angehende), die sich mit *Fridays for Future* solidarisch erklären, können sich anschließen.

Die Bedeutung der *Fridays for Future*-Bewegung für die Demokratie und ihr Anliegen für eine lebenswerte Zukunft muss auch im Recht anerkannt werden. Bislang wird der legitime Protest der Aktivist*innen von *Fridays for Future* durch das Recht, insbesondere das Schulrecht, mehr erschwert als gefördert.

Als L4F betonen wir, dass der Klimawandel zu drastischen Veränderungen auch in der Rechtsetzung, -anwendung und -durchsetzung führen muss. Art. 20a unserer Verfassung sagt, dass der Staat »auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen« schützt. Wir fordern den Bundestag, die Bundesregierung und die Länder auf, eine solche lebenswerte Zukunft sicherzustellen. Deutschland muss mit Entschlossenheit der Dringlichkeit des Klimawandels Rechnung tragen. Das betrifft nicht nur politische Entscheidungen, sondern auch die Gesetzgebung.

Wir appellieren daher an den Bundestag, die Bundesregierung und die Länder, die Forderungen von *Fridays for Future* auch im Recht umzusetzen.

Als L4F fordern wir insbesondere:

- Ein Klimaschutzgesetz, das die Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels des Pariser Klimaabkommens verbindlich fest schreibt,
- eine sofortige rechtliche Umsetzung des Kohleausstiegs,
- eine ernsthafte rechtliche Umsetzung aller mit dem Klimaschutz in Zusammenhang stehender Gesetzesvorhaben,
- Klimaschutz als rechtliche Leitlinie, die bei jeder hoheitlichen Maßnahme zu beachten ist. [...]

Das Recht darf darüber hinaus nicht weiterhelfen, den Status Quo für umwelt- und klimaschädliche Tätigkeiten aufrechtzuerhalten. Von unseren Kolleg*innen in den Gerichten und Behörden wünschen wir uns, dass sie das Recht in einer Art und Weise anwenden und interpretieren, die die Dringlichkeit des Klimawandels anerkennt.

Der Klimawandel hat Auswirkungen auf alle Bereiche des Lebens und wird auch das Rechtssystem grundlegend verändern. Dies zeigt sich bereits heute an der steigenden Zahl gerichtlicher Verfahren, die mit dem Klimawandel in Verbindung stehen. Ausdrücklich sehen wir die Gerichte als einen von vielen geeigneten Orten, an dem die rechtliche Auseinandersetzung mit dem Klimawandel stattfinden muss [aus der Selbstdarstellung der L4F].

Laudator: Prof. Dr. Claudio Franzius, Universität Bremen.

Preisträger 2023

Mostafa Nili wurde am 7. November 2022 am Teheraner Flughafen verhaftet und war im Gefängnis Groß-Teheran (*Fashafouye*) interniert. Er war auf dem Weg in die Stadt Zahedan in der Provinz Sistan und Belutschestan, um dort den juristischen Beistand für mehrere junge Menschen zu übernehmen, die bei den Protesten gegen das Regime verhaftet wurden. Seitdem saß er im Gefängnis. Der Bundestagsabgeordnete Norbert Röttgen (CDU) hat die politische Patenschaft für Mostafa Nili übernommen. Die Fälle, die Mostafa Nili vertritt, zeigen deutlich, dass er sich für alle Häftlinge einsetzt, unabhängig von ihrer Anklage. Seine Mandantschaft im ganzen Land – von zum Tode Verurteilten in Sistan und Belutschistan bis zu Jugendlichen aus Aserbaidschan, Khuzestan und Kurdistan – bezeugen seinen Mut als Verteidiger. Er befindet sich gegenwärtig in Freiheit.

Arash Keykhosravi ist ein Menschenrechtsanwalt, der bereits 2018 verhaftet wurde. Er war auch einer der Anwälte, die am 14. August 2021 bei der Teheraner *Vereinigung zum Schutz der Bürgerrechte* eine Beschwerde gegen die *Nationale Task Force* und gegen den »Obersten Führer« wegen ihres Missmanagements der COVID-19-Pandemie einreichten. Quellen zufolge drangen 15 Einsatzkräfte und zwei Justizbeamte in die Versammlung ein und verhafteten alle sieben Antragsteller. Während vier von ihnen Tage später wieder freigelassen wurden, war Arash einer von Dreien, die in den Einzelhaftzellen der Station 241 des Evin-Gefängnisses festgehalten wurden. Abgesehen von einem kurzen Anruf bei seiner Familie zum Zeitpunkt seiner Verhaftung wurden ihm Telefongespräche und der Zugang zu einem Anwalt verweigert. Am 27. Oktober 2021 fand eine vorläufige Anhörung statt, bei der er wegen »Bildung einer Gruppe zur Störung der nationalen Sicherheit, Propaganda gegen das System und Mitgliedschaft in einer Oppositionsgruppe« angeklagt

wurde. Arash Keykhosravi wurde am 25. Dezember 2021 gegen Kaution freigelassen. Am 19. Juni 2022 wurde er wegen »Versammlung und Kollusion gegen die nationale Sicherheit« zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt. Sein Urteil wurde am 16. August 2022 von der Abteilung 36 des Berufungsgerichts bestätigt, er ist aber seit 29. März 2023 auf freiem Fuß.

Amirsalar Davoudi ist ein iranischer Menschenrechtsanwalt. Er wurde am 1. Juni 2019 wegen seiner Menschenrechtsarbeit zu 30 Jahren Gefängnis und 111 Peitschenhieben verurteilt. Zu den Anklagepunkten, wegen denen er verurteilt wurde, gehören »Beamtenbeleidigung«, »Beleidigung des ›Obersten Führers‹« und »Verbreitung von Propaganda gegen das System«. 15 Jahre erhielt er wegen »Bildung einer Gruppe zum Sturz des politischen Systems« (über seinen Telegram-Kanal ›No Retouch‹, in dem er über Verstöße gegen Gerichtsverfahren, das Schikanieren von Anwält*innen durch die Justiz und Menschenrechtsverletzungen diskutierte), »Propaganda gegen das System« (für seine Interviews mit *Voice of America*), »Veröffentlichung von Lügen« und »Beleidigung von Beamten und des ›Führers‹« neben anderen Anklagepunkten. Am 30. Juli 2019 wurde sein Urteil bestätigt. Er wurde am 20. November 2018 verhaftet und ist im Teheraner Evin-Gefängnis inhaftiert, wo er nur sehr eingeschränkten Zugang zu seiner Familie und seinem Anwalt hat. *Amnesty International* fordert seine sofortige und bedingungslose Freilassung.

Davoudi hat sich in den vergangenen Jahren für zahlreiche iranische politische Gefangene und religiöse und ethnische Minderheiten eingesetzt. Er war auch in den sozialen Medien aktiv und kritisierte die Menschenrechtsverletzungen in seinem Land. Davoudis Anwalt, Vahid Moshkani Farahani, sagte in einem Interview mit der Website Modara: »Neben den 30 Jahren Haft, von denen 15 Jahre vollstreckt werden, wurde Herr Davoudi zu 111 Peitschenhieben, einer Geldstrafe von 60 Millionen RIs (etwa 4.000 EUR) und dem Entzug seiner sozialen Rechte für zwei Jahre verurteilt«. Er ist weiterhin in Haft.

Mohammad Najafi ist seit über zehn Jahren Gegenstand falscher Anschuldigungen und trotz zahlreicher offizieller Bürgen, zweier Patenschaften und hoher Kautionen befindet sich der Anwalt seit 2016 mit insgesamt elf Verurteilungen immer noch in Haft. Die Verurteilungen richten sich gegen seine Stellungnahmen, in denen er insbesondere mit Verteidigung der Proteste gegen die iranischen Machthaber reagiert und im Gefängnis aufgenommene Audiodateien von Gefangenen veröffentlicht hat. Seit dem 21. September 2022 hat Mohammad Najafi Kontaktverbot, ohne dass ihm diese Entscheidung mitgeteilt wurde.

Ihm wurde auch die ihm zustehende medizinische Versorgung entgegen ärztlicher Empfehlungen verweigert. Er berichtet von psychischer Folter im Gefängnis sowie von zahlreichen Druckversuchen gegen seine Familie, darunter eine Anzeige gegen seinen Sohn und die Vorladung seiner Schwester bei der Staatsanwaltschaft in Arak. Der zunehmende Druck auf den Anwalt und seine Familie soll darauf zurückzuführen sein, dass er den aufsichtführenden Richter des Gefängnisses und den Gefängnisdirektor über das illegale Verhalten einiger Gefängnisangestellter informiert hat, die Demonstrant*innen, die nach den jüngsten Protesten inhaftiert wurden, bedrohen und psychisch foltern sollen. Die Sorge um die Situation von Mohammad Najafi ist umso größer, als seine Anwälte selbst an der Ausübung seiner Verteidigung gehindert werden, da Nasrin Sotoudeh ein Arbeitsverbot erhalten hat und Arash Kikhosravi und Mustafa Nili ebenfalls inhaftiert sind bzw. bis vor kurzem waren.

Neben anderen fordert das *International Observatory for Lawyers in Danger* (IOLD) die iranischen Behörden nachdrücklich auf, dem Antrag des Anwalts auf medizinische Versorgung stattzugeben und die diesbezüglichen medizinischen Empfehlungen zu befolgen, aber auch alle Druckmittel gegen den Anwalt und seine Familie einzustellen.

Nach einer ersten Inhaftierung im Frühjahr 2018 wurde Mohammad Najafi im Oktober 2018 erneut verhaftet und in Untersuchungshaft genommen. Er wurde wegen »Störung

des Staates« und »Veröffentlichung von Lügen« zu drei Jahren Haft und 74 Peitschenhieben verurteilt. Es wurde nie ein Beweis dafür erbracht, dass der Anwalt tatsächlich »mit Staatsgegnern und Feinden des iranischen Volkes« zusammengearbeitet hatte, wie ihm vorgeworfen wurde. Das harte Durchgreifen wurde dennoch weiter verschärft: Mohammad Najafi wurde am 11. Dezember 2018 zu 13 weiteren Jahren Haft verurteilt (10 Jahre wegen »Kollaboration mit feindlichen Staaten durch Weitergabe von Informationen«, zwei Jahre wegen »Propaganda gegen den Staat« und ein Jahr wegen »Beleidigung des ›Obersten Führers‹«). Er ist weiterhin in Haft.

Saeid Ataei Kachouei wurde im Zuge des Volksaufstands als Reaktion auf die Ermordung von Mahsa Amini durch die Sittenpolizei in Teheran verhaftet. Die iranische Assoziation von Anwält*innen, die *Human Rights Activists in Iran* (HRAI), berichtete, dass Saeed Ataei Kachouei im Qezelhesar-Gefängnis in Karadsch inhaftiert ist. Dem Bericht zufolge wurde er nach einem Monat Haft wegen »Versammlung und geheimer Absprachen gegen die nationale Sicherheit« angeklagt; sein Antrag auf Kautions wurde abgelehnt. Mit Stand 12. Mai 2023 ist er nicht mehr in Haft.

Giti Šafi'i war als Mitglied der Anwaltskammern von Fars, Kohgilouye und Boboyrahmad seit Januar 2023 inhaftiert. Unter den Anwältinnen der Provinz Fars ist sie als die »Anwältin, die den gesamten Koran auswendig kann«, bekannt. Giti Šafi'i wurde im Zuge des landesweiten Aufstands verhaftet und ist mittlerweile freigelassen worden.

Laudator: Rechtsanwalt Sina Yousefi, Tabriz/Berlin